

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 07.07.2015

Realisierung der Elbbrücke zwischen Darchau und Neu Darchau vorantreiben - Zusagen der Landesregierung einhalten

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Amt Neuhaus an der Elbe - Teil des Landkreises Lüneburg - ist der einzige Teil der ehemaligen DDR, der einem Landkreis der alten Bundesländer angegliedert wurde, aber bis heute ohne eine Brücke über die Elbe ist.

Für die Fahrt in den übrigen Teil des Landkreises Lüneburg müssen die Bewohner deshalb die gebührenpflichtige Fähre benutzen.

Nach Jahrzehnten tagtäglicher Überwachung von Neuhaus als Teil des DDR-Sperrbezirks an der innerdeutschen Grenze und mehr als 20 Jahre nach seiner Rückgliederung in den Landkreis Lüneburg warten die Menschen immer noch vergeblich auf ihre Brücke, die Neuhaus mit dem Rest des Landkreises Lüneburg verbindet.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. die bestehenden Planungen zum Bau einer festen Elbquerung zwischen Darchau und Neu Darchau unvermindert voranzutreiben und das Planfeststellungsverfahren weiter zu betreiben,
2. parallel dazu alternative Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten,
3. auch vorhandene alternative Bauweisen zur Kostenreduktion auf ihre Anwendbarkeit auf das Brückenbauvorhaben zu überprüfen,
4. erst nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens und Kenntnis der tatsächlichen Kosten über die endgültige Aufteilung der Kosten mit den beteiligten Kommunen eine Einigung zu erzielen und dabei die bisher gegebene Zusage einer Finanzierung von 75 % aus GVFG-Mitteln aufrechtzuerhalten,
5. insgesamt die Realisierung der Brücke mit Hochdruck voranzutreiben.

Begründung

Die Menschen im Amt Neuhaus waren jahrzehntelang tagtäglich Überwachungen und Schikanen ausgesetzt, mit denen die DDR-Regierung Fluchtversuche aus der seit 1952 zum Sperrgebiet deklarierten Zone direkt an der Elbe verhindern wollte.

Die Region war in der DDR in jeder Hinsicht von der Außenwelt abgeschnitten. Da das Amt Neuhaus seit dem 17. Jahrhundert zum Fürstentum Hannover gehörte und bis zum Ende des 2. Weltkriegs auch Teil des Landkreises Lüneburg war, strebten die Menschen nach der Wende umso mehr die Rückgliederung nach Lüneburg an, die 1993 vollzogen wurde. Seitdem haben die wichtigen Vertreter der verschiedenen Parteien und politischen Ebenen bis hin zu den Ministerpräsidenten den Menschen die Brücke versprochen (erste Planungen sind schon von 1927 bekannt).

Gebaut wurde sie aber noch nicht. Stattdessen sind Umwege bis zu 40 km nötig, wenn die kostenpflichtige Fähre nicht benutzt wird. Diese stellt zudem bei Hochwasser, Eisgang und nötigen Reparaturen ihren Betrieb ein und verkehrt sonst ohnehin nur bis 21 Uhr abends, sodass das soziale und kulturelle Leben der Neuhäuser wiederum abgeschnitten ist. Für Berufstätige (viele Pendler)

und Schüler (Neuhaus hat weder Berufsschule noch Gymnasium) bedeutet der Ausfall der Fähre dann zudem eine enorme Härte, da zu den ohnehin weiten Anfahrwegen morgens aus Neuhaus heraus noch eine weitere Stunde Fahrzeit kommt.

Für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus bedeutet die fehlende Brücke Zeit- und Geldverlust.

Ein überaus aktiver Förderverein mit Unterstützung aus allen Fraktionen betreibt seit Jahren intensive Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Brücke. Nicht zuletzt dieser Aufklärungsarbeit ist es zu verdanken, dass sich 2013 fast 72 % der Bürger des gesamten Landkreises Lüneburg für den Bau der Brücke aussprachen, fast 50 % sogar ohne jede Kostendeckelung.

Die Bürger - nicht nur aus Neuhaus - wollen also diese Brücke!

Intensive politische Gespräche in den letzten zehn Jahren haben planerische und finanzielle Schwierigkeiten vermindert, die aber durch die Dauer der Nichtrealisierung wieder vergrößert wurden.

Damit der Landkreis Lüneburg die von ihm zugesagte Kostenbeteiligung von 10 Millionen Euro nicht überschreiten muss, werden nun unübliche bisher nicht erprobte Finanzierungswege auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft. So kam Neuhaus z. B. nie in den Genuss von Mitteln aus dem Aufbaufonds Ost, die ansonsten allen neuen Ländern zuteilwurden, aber Neuhaus eben nicht, da es - als einmaliger Sonderfall - durch die Rückgliederung von 1993 zu einem alten Bundesland (Niedersachsen) kam. Hier sind bereits Gespräche angelaufen, mögliche Kooperationen etwa mit Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Zweck sind weiter auszuloten.

Deshalb ist vom Land Niedersachsen weiterhin an der Realisierung der Brücke aktiv mitzuwirken und der Landkreis Lüneburg entsprechend zu unterstützen.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer